

KLIMAWANDEL, ENERGIE UND UMWELT

ZWISCHEN KLIMAWANDEL UND SOZIALEN UNRUHEN

Chiles Klimapolitik als Gastgeber
der UN-Konferenz 2019

Alexandra Tost und Simone Reperger
Dezember 2019



Chile hat 2019 den Vorsitz der UN-Klimakonferenz inne. Aufgrund der Massenproteste gegen die Regierungspolitik, die soziale Ungleichheit und das neoliberale Wirtschaftsmodell wurde die »COP 25« jedoch kurzfristig nach Madrid verlegt.



Von der angekündigten Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz ist Chile noch weit entfernt. Obwohl das »Gastgeberland« stark vom Klimawandel und zahlreichen ökologischen Konflikten betroffen ist, gibt es bislang kaum ambitionierte Politiken.



Zivilgesellschaftliche Organisationen betonen, dass die ökologische Krise auch eine soziale Krise ist. Lautstark fordern sie Schritte hin zu einer sozial-ökologischen Transformation.

Inhalt

1	FOKUS CHILE – KLIMA- UND UMWELTPOLITIK DES GASTGEBERS DER UN-KONFERENZ	4
	VON ALEXANDRA TOST	
	Die Klimakrise in Chile.....	4
	Chiles Klimapolitik – Prädikat unzureichend	5
	Klimapolitik in Chile: Führen alle Pläne zum Pariser Abkommen?	6
2	13 SCHRITTE FÜR EINE DEMOKRATISCHE, NACHHALTIGE KLIMAPOLITIK	9
	VON SIMONE REPERGER	
	Fazit: Chiles Entwicklung nachhaltig und klimafreundlich denken	10
	Literatur.....	12

1

FOKUS CHILE – KLIMA- UND UMWELTPOLITIK DES GASTGEBERS DER UN-KONFERENZ

VON ALEXANDRA TOST

Die UN-Klimakonferenz stand 2019 unter einem schlechten Stern: Nach Jair Bolsonaros Absage für den Vorsitz Brasiliens hatte sich kurzerhand Chile als alternativer Gastgeber für das jährlich im Dezember stattfindende Treffen angeboten. Nun musste die Ausrichtung angesichts der sozialen Proteste in dem südamerikanischen Andenland nach Madrid verlegt werden. Allerdings behält die Regierung des konservativen Präsidenten Sebastián Piñera den Vorsitz inne und wird daher auch weiterhin unter die globale Umweltlupe genommen.

Zu Beginn der Vorbereitungsphase zeigte sich Präsident Piñera noch optimistisch: »Wir hoffen, dass die COP 25 nicht nur ein Gipfel wird, der die Ernsthaftigkeit und die Verantwortung unseres Landes demonstriert, sondern auch, dass er einen großen Beitrag dazu leistet, dass die gesamte Menschheit den Kurs ändert« (Gobierno de Chile 2019). Doch an der Symbolkraft, dass die »Santiago-Klimakonferenz« ausgerechnet in der Hauptstadt Lateinamerikas mit der schlechtesten Luftqualität (vgl. IQAir AirVisual 2018) stattgefunden hätte, kann auch die neue Flotte der E-Busse in der Stadt nichts ändern. Chile hat im Sinne einer klimafreundlichen und nachhaltigen Entwicklung einigen Nachholbedarf. Zudem haben die massiven Unruhen seit Oktober den Frust und die Wut der Chilen_innen über das neoliberale Wirtschaftsmodell deutlicher als je zuvor zum Ausdruck gebracht. Eine Abkehr vom *business as usual* wird daher in allen Politikfeldern gefordert. Die Ankündigung, in Chile eine neue Verfassung zu erarbeiten, bietet eine große Chance für ein sozial-ökologisch nachhaltigeres Gesellschaftsmodell.

DIE KLIMAKRISE IN CHILE

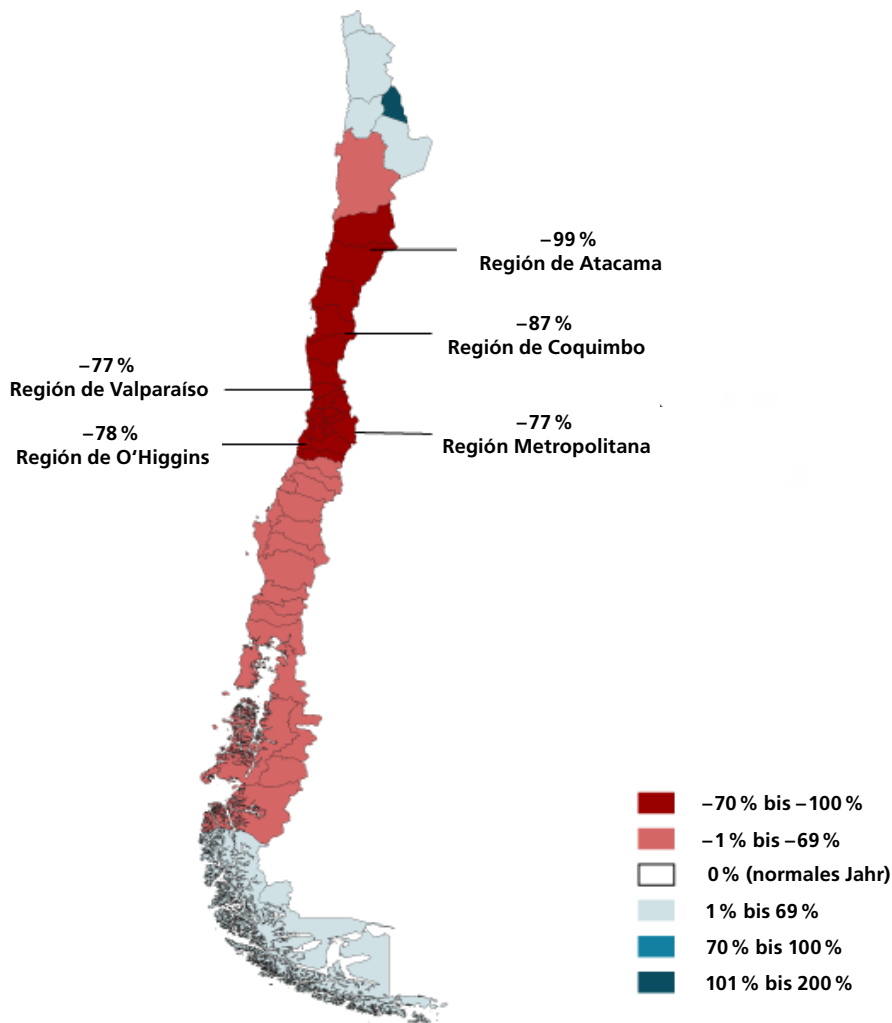
Das schmale Land von der Atacama-Wüste bis zu den Gletschern in Patagonien ist ernsthaft vom Klimawandel bedroht: Es erfüllt sieben der neun Kategorien des Rahmenübereinkommens der UN (1992) für eine hohe Verwundbarkeit (vgl. Weltbank 2019) durch den Klimawandel: tiefliegende Küstengebiete; Trocken- und Halbtrockengebiete; Waldflächen; Gebiete, die häufig von Naturkatastrophen heimgesucht werden; Landstriche, die Dürre und Wüstenbildung ausgesetzt sind; städtische Gebiete mit hoher Luftverschmutzung; und Gebirgsökosysteme (vgl. Gobierno de Chile 2017).

Die Lage im Jahr 2019 ist drastisch: Im Februar wurden im chilenischen Hochsommer in Santiago bei der anhaltenden, nun mindestens zehnjährigen »Mega-Dürre« neue Temperaturhöchststände gemessen; im Zentrum und Süden des Landes wüteten überdurchschnittlich starke Waldbrände, während im Norden des Landes aufgrund starker Niederschläge ganze Dörfer von Überschwemmungen und Erdrutschen betroffen waren. Im Laufe des Jahres führte das Ausbleiben des Regens zu einem Zusammenbruch der Wasserversorgung in weiten Teilen Chiles. Im bevölkerungsreichen Zentralchile gingen die Niederschläge um bis zu 99 Prozent zurück (siehe Abbildung 1). Im Oktober riefen daher 56 Gemeinden in fünf Regionen Chiles die Wasserkrise aus; 116 Gemeinden wurden zu landwirtschaftlichen Notstandszonen erklärt. Bis heute starben 34.000 Tiere infolge der Mega-Dürre. Tausende von Menschen werden über Lkw-Zisternen mit Wasser beliefert. Gleichzeitig steigt die Zahl der Landwirt_innen, die klimabedingt aus dem trockeneren Norden in den niederschlagsreicheren Süden umsiedeln, um der fortschreitenden Wüstenbildung zu entkommen (vgl. Paúl 2019).

Der verbindende Faktor dieser Ereignisse ist der Klimawandel, der immer auch ein soziales Thema ist: Schon heute sind in Chile die ohnehin benachteiligten Mitglieder der Gesellschaft besonders stark von den Auswirkungen betroffen. Viele ärmere Gemeinden verfügen bereits über kein Leitungswasser mehr.

Neben punktuellen Katastrophen bringt der Klimawandel auch gefährliche schleichende Veränderungen. So bedingt der Anstieg der Durchschnittstemperaturen das Abschmelzen der Gletscher in dem Andenland und wird mittel- bis langfristig zum Versiegen weiterer Wasserquellen führen, was die schon jetzt vorhandenen Wasserkonflikte deutlich verschärfen wird. 80 Prozent des Wassers verbraucht in Chile der Agrarsektor, 17 Prozent der Bergbau. Chile wird seine wasserintensiven Sektoren künftig kritisch hinterfragen und regulieren müssen. Zudem verschlechtern ausgedehnte Zeiten ohne Regen die Luftqualität in den Städten, deren Belastung bereits im Jahr 2015 in Chile 3.723 Menschenleben kostete (vgl. Ministerio del Medio Ambiente de Chile 2017). Des Weiteren führt die erhöhte Konzentration von CO₂ zu einer Versauerung der Meere – ein bedeutendes Thema für ein Land mit mehr als 6.300 Kilometern Küstenlinie.

Abbildung 1
Karte der kumulierten Niederschlagsverluste/-überschüsse von August 2019*



* Im Vergleich mit dem historischen Durchschnitt zum gleichen Zeitpunkt zwischen den Jahren 1981-2010
Quelle: Grafik BBC/Cecilia Tombesi, in: Paúl (2019), basierend auf Daten des chilenischen Wasseramts, August 2019 (eigene Übersetzung).

CHILES KLIMAPOLITIK – PRÄDIKAT UNZUREICHEND

Chile ist als kleines Land mit einem Anteil von lediglich 0,22 Prozent an den globalen Treibhausgas emissionen (THG) wahrlich kein Protagonist in der Tragödie des fiebrigen Planeten. Dennoch unterliegt es wie jedes andere Land einer globalen Verantwortung und weist in einer Pro-Kopf-Berechnung keineswegs nachhaltige Zahlen auf. In dem sozial ungleichsten Mitgliedsstaat der OECD (vgl. OECD 2019) liegen die durchschnittlichen Emissionen mit 4,6 Tonnen pro Person/Jahr auf europäischem Niveau – etwa zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich (vgl. Weltbank 2019a).

Laut Nationalem Treibhausgasinventar von 2016 gingen 78 Prozent der Emissionen auf das Konto des Energiesektors. Davon wurden 41 Prozent direkt in der Energiewirtschaft produziert, 31 Prozent im Verkehr und 19 Prozent im verarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft. Es folgen der Landwirtschaftssektor mit elf Prozent sowie industrielle Prozesse und Produktnutzung mit sechs Prozent.

Während inzwischen auch in Chile die Jugendlichen den dringenden Handlungsbedarf erkannt haben (Stichwort *Fridays for Future*), wird die Klimapolitik der Regierung als »sehr unzureichend« eingestuft. Diese Bewertung des *Climate Action Tracker* (CAT)¹ bedeutet, dass der aktuelle Kurs der chilenischen Regierung mit einer Erwärmung von unter zwei Grad nicht in Einklang zu bringen ist. Ganz zu schweigen von dem noch ambitionierteren 1,5-Grad-Ziel aus dem Pariser Abkommen, das aufgrund seiner zahlreichen Vorteile für den Erhalt unserer Ökosysteme sowie der Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen weltweit vorrangig in den Blick genommen werden sollte. Der CAT zieht für diese Bewertung die aktuelle und geplante Politik heran. Teil der Letzteren sind auch Chiles 2015 national festgelegte Beiträge (*Nationally Determined Contribution*, NDC) zum Pariser Abkommen für 2030. Hier hat sich das Land keine

¹ Der *Climate Action Tracker* ist eine unabhängige wissenschaftliche Analyse, welche die Klimaschutzmaßnahmen der Regierungen misst. Sie wird von drei Forschungsorganisationen produziert: *Climate Analytics*, *Ecofys* und dem *New Climate Institute*.

Abbildung 1
Karte der kumulierten Niederschlagsverluste/-überschüsse von August 2019*



Quelle: Climate Watch (2019), basierend auf Daten des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung.

absoluten THG-Minderungsziele gesetzt, sondern lediglich eine um 30 Prozent verminderte »Treibhausgasintensität pro BIP-Einheit« angekündigt. Dies bedeutet, dass im Falle eines steigenden Wirtschaftswachstums, also einer Erhöhung des BIP, auch ein Anstieg der Emissionen möglich ist.

Zu den nationalen Zielen bis 2030 zählt zudem die nachhaltige Bewirtschaftung von 100.000 Hektar Wald und die Wiederaufforstung von weiteren 100.000 Hektar. Wald ist ein wichtiger Faktor für die THG-Bilanz, da er als natürliche CO₂-Senke gilt und daher unbedingt erhalten werden muss.

KLIMAPOLITIK IN CHILE: FÜHREN ALLE PLÄNE ZUM PARISER ABKOMMEN?

Ein Großteil der chilenischen Emissionen entstammt der Stromerzeugung, welche nach wie vor stark von fossilen Brennstoffen geprägt ist: 60 Prozent der landesweit installierten Kapazität basieren auf fossilen Energieträgern (Gas, Kohle und Öl); rund 40 Prozent der Bruttostromerzeugung stammt aus den 28 Kohlekraftwerken des Landes.

Chile setzt kontinuierlich auf den rentablen Ausbau erneuerbarer Energien. Im Juni 2019 veröffentlichte die Regierung zudem einen Dekarbonisierungsplan: Sie beabsichtigt bis 2040 vollständig aus der Kohlekraft auszusteigen und bis 2050 eine CO₂-Neutralität zu erreichen. Dessen Umsetzung

könnte dazu führen, dass die bisher negative CAT-Kategorisierung angepasst wird.

Der Plan für den Kohleausstieg ist in zwei Phasen unterteilt: In einem ersten Schritt soll Chile bis 2024 acht seiner ältesten Kohlekraftwerke schließen – das entspricht 20 Prozent seiner derzeitigen Kohlestromkapazität. Dies wäre ein bemerkenswerter Schritt für ein Land mit einem Kohleanteil von 40 Prozent am Strommix (vgl. CAT 2019a; 2019b).

Darüber hinaus verfolgt Chile derzeit eine »Energiesstrategie 2050«, die einen Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung von mindestens 60 Prozent bis 2035 und 70 Prozent bis 2050 vorsieht. Der ergänzende Plan »Energie-route 2018–2022« umfasst Maßnahmen wie die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung kleiner, dezentraler erneuerbarer Energiezentralen. Zudem gilt in der Elektromobilitätsstrategie für 2050 das Ziel von 40 Prozent elektrischer Fahrzeuge im Privatverkehr sowie 100 Prozent für öffentliche Fahrzeuge.

Kritisch beurteilt wird allerdings die Ankündigung des Präsidenten, die Gasimporte aus Argentinien sowie den umweltschädlichen Ausbau der konventionellen Wasserkraft zu erhöhen (vgl. El Dinamo 2019).

Im Rahmen der COP plant der Gastgeber auch eine Aktualisierung der NDC von 2015, welche für 2020 fällig ist: Bei den Zwischenverhandlungen zum Klimagipfel in Bonn im

Abbildung 3

Erneuerbare Energien in Chile (heute und geplant)

2011	2019	2035	2050
5 %	20 %	60 %	70 %

Quelle: Climate Action Tracker (2019a; 2019b).

Abbildung 4

Zusammensetzung der Energieerzeugung in Chile (Mai 2018)

Thermische Energie	Wasserkraft*	Windkraft	Solarenergie	Biomasse	Geothermie
65,6 %	21,0 %	4,4 %	7,1 %	1,6 %	0,3 %

* konventionell und nicht-konventionell

Quelle: Generadoras de Chile (2019).

Juni 2019 kündigte der chilenische Chefverhandler an, die neuen NDC auf der COP vorzustellen, und stellte in Aussicht, ein absolutes Ziel der Emissionsreduzierung zu setzen und somit die bisherige Konditionierung an ein Wirtschaftswachstum aufzugeben – »aber wir wollen uns nicht auf etwas festlegen, was wir nicht erfüllen können« (Parra 2019). Umweltverbänden sind diese Ankündigungen zu vage; sie fordern Taten statt Worte und befürchten, dass Umwelt- und Klimaschutz weiterhin dem traditionell ökonomischen Entwicklungsfokus weichen müssen.

Insbesondere in vier Themenfeldern ist ein grundlegendes Umdenken im Gastgeberland erforderlich, um tatsächlich klimafreundlicher zu werden:

1. THEMENFELD: KOHLEAUSSTIEG UND FÖRDERUNG ERNEUERBARER ENERGIEN

Die angekündigten Ziele der Regierung gehen der Zivilgesellschaft nicht weit genug. Umweltorganisationen fordern drastischere Maßnahmen: die Stilllegung thermischer Kraftwerke, die älter als 40 Jahre sind, in den nächsten drei Jahren und der restlichen bis 2030. Bei der Schließung von Kohlekraftwerken sollen auch soziale und Biodiversitätsaspekte einbezogen werden – zum Beispiel, ob die Bevölkerung im jeweiligen Einzugsgebiet von starker Luftverschmutzung betroffen ist. Dies entspräche dem vom Präsidenten angedeuteten klimapolitisch vorbildlichen Verhalten (vgl. Leiva/ González 2019). Zudem drängen sie auf eine gesetzliche Regelung des Kohleausstiegs; bislang ist der Plan lediglich ein unverbindliches Lippenbekenntnis des Präsidenten.

Darüber hinaus sollte Chile sein enormes Potenzial speziell im Bereich der Wind- und Solarenergie intensiver nutzen. Der Trend geht bereits in die richtige Richtung: Bis 2018 waren 57 Prozent der im Bau befindlichen Erzeugungskapazität nicht konventionelle erneuerbare Energiequellen.² Deren

Anteil an der Stromerzeugung stieg von vier Prozent im Jahr 2014 auf 17,4 Prozent im Jahr 2018 (vgl. CAT 2019a; 2019b; Abb. 3). Die Atacama-Wüste gilt als Ort mit der weltweit höchsten Sonneneinstrahlung: In naher Zukunft wird dort das mit KfW-Mitteln geförderte Sonnenwärmekraftwerk *Cerro Dominador* eröffnen. Nach Fertigstellung wird es das größte Solarkraftwerk in Lateinamerika sein. Würde das Andenland weitere Solarparks schaffen und Energietransportlinien in Südamerika ausbauen, könnte es seine Nachbarländer ebenfalls mit sauberer Energie versorgen. Doch bislang fehlt es an einer kontinental abgestimmten Energiepolitik in der Region.

Auch die Effizienz- und innovationsorientierte Marktdynamik des Privatsektors kann genutzt werden: durch eine Internalisierung der sozialen und Umweltkosten in Form von tatsächlich umgesetzten Normen, Regeln und diversifizierten finanziellen Anreizen. Die seit 2017 existierende »grüne Steuer« auf CO₂ ist mit fünf US-Dollar pro Tonne jedoch zu niedrig, als dass sie eine Lenkungswirkung erreichen könnte.

2. THEMENFELD: VERBINDUNG VON KLIMAPOLITIK UND NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Klimapolitik kann nicht isoliert von dem generellen Entwicklungsmodell betrachtet werden. Sie zielt auf die Erhaltung wichtiger Grundlagen für eine lebenswerte Welt, weshalb sie nicht mit dem Tolerieren von Umweltzerstörung in anderen Bereichen einhergehen kann. Das chilenische Entwicklungsmodell ist jedoch extraktivistisch ausgerichtet und basiert auf dem Export von Rohstoffen, deren Abbau bzw. Generierung energie- und wasserintensiv ist – also den Klimawandel verstärkt und die Widerstandsfähigkeit gegen dessen Auswirkungen verringert. Dies ist in Chile in verschiedenen Fällen zu beobachten: Quintero und Puchuncaví sind Küstenorte in einer der fünf »geopferten Zonen«, welche die chilenische Regierung in den 1960er-Jahren dem industriellen Ausbau überlassen hatte. Sie gelten gemeinhin als Symbolorte für die CO₂-intensiven Kohlekraftwerke und eine kompromisslose Verschmutzung der Umwelt, welche selbst angesichts massiver Gesundheitsprobleme der An-

² Chile definiert nicht konventionelle erneuerbare Energiequellen als Wind, Sonne, Geothermie, Biomasse, Gezeiten- und Wasserkraft bis zu 20 MW.

wohner_innen bis heute nicht eingedämmt wird. In den letzten Jahren kam es wiederholt zu Vergiftungsfällen. Neue Hoffnung gibt nun der Kohleausstiegsplans, der die Schließung dieser Kraftwerke in den betroffenen Zonen vorsieht. Die Liste teils skandalöser Fälle, in denen selbst angesichts der Herausforderungen des Klimawandels kurzfristige Gewinninteressen über die Nachhaltigkeit und das Menschenrecht auf Gesundheit gestellt werden, lässt sich fortsetzen: Zerstörung von Gletschern für den Bergbau, wasserintensive Avocado- und Kiefer-Monokulturen in trockenen Gebieten sowie die Vergabe von Konzessionen für Lachszucht in Naturschutzgebieten sind nur einige Beispiele. In Chile gibt es zwar Umweltgutachten, die bei wirtschaftlichen Großprojekten die ökologischen Folgen abschätzen und einen Ausgleich zwischen Unternehmer_innen- und Bürger_innen-Interessen gewährleisten sollen, meist werden die Auswirkungen jedoch verharmlost und zugunsten der Wirtschaft ausgelegt.

Ein wichtiger Faktor dieses Modells ist der Zugang zu Wasser. Während der Militärdiktatur wurde die Wassernutzung beinahe vollständig privatisiert. Sie ist seitdem ein privates Gut und wird der unsichtbaren Hand des Marktes überlassen. Dies ist bis heute in der Verfassung von 1980 so festgeschrieben. Dadurch wird einer nachhaltigen und gerechten Verwaltung des kostbaren Elements die Tür verschlossen. Aus Produktionsenklaven der Sektoren Bergbau, Land-, Fisch- und Forstwirtschaft werden nicht nur Wasser, sondern allgemein Ressourcen- und THG-intensive Primärgüter exportiert, ohne dass diese Aktivitäten in eine klare nationale Entwicklungsstrategie eingebettet wären. Chile ist nicht nur weltweiter Hauptexporteur von Kupfer, das Land verfügt auch über erhebliche Lithiumreserven, deren großflächige Ausbeutung aktuell intensiv diskutiert wird, was ebenfalls gravierende ökologische Konsequenzen hätte.³

3. THEMENFELD: GERECHTE GESTALTUNG DES ÜBERGANGS

Der dringend gebotene Umbau der Stromerzeugung und Industrie wird auch in Chile von der Sorge um den Verlust von Arbeitsplätzen in den THG-intensiven Sektoren begleitet. Die NGO *Chile Sustentable* fordert die Regierung auf, den Abbau von Arbeitsplätzen sozial aufzufangen, verweist aber auch auf die nötigen massiven Investitionen in erneuerbare Energien, aus denen neue Arbeitsplätze entstehen könnten. So wurden etwa in der nordchilenischen Region Antofagasta 15 Kohlekraftwerke geschlossen, während sich die Region gleichzeitig zu einem Zentrum für Solarenergie entwickelte (vgl. CNN Chile 2019). Der Umschulungsbedarf ist jedoch nicht zu unterschätzen. Bei der Erarbeitung des Kohleausstiegsplans wurden die Gewerkschaften nicht beteiligt. Dabei ist der Austausch mit der Vertretung der betroffenen Arbeiter_innen im Sinne der Gestaltung einer *Just*

Transition erforderlich. Durch Veränderungen im Klima wird es auch zur geografischen Verschiebung der Landnutzung kommen – mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Personen, die in den betroffenen Sektoren tätig sind. So werden sich beispielsweise Obst- und Weinanbaugebiete verlagern müssen.

Eine weitere Herausforderung wird darin gesehen, den Umwelt- und Klimaschutz zu »demokratisieren«. Obwohl öffentliche Meinungsumfragen das große Interesse der Chilen_innen an der Umwelt bestätigen, leidet die öffentliche Debatte manchmal an einem gewissen Elitarismus. Die Bürger_innen sollten durch Umweltbildung und Beteiligungsprozesse real eingebunden werden und sich so als Teil der Lösungen fühlen (vgl. Subercaseaux 2019). Es ist wichtig anzuerkennen, dass der Klimawandel eine politische Herausforderung mit Interessenkonflikten darstellt und Entwicklungsalternativen einer demokratischen Diskussion bedürfen. Dies gilt sowohl für den Einbezug verwundbarer Bevölkerungsgruppen als auch für das Recht auf eine vorherige Konsultation indigener Völker. Deren größte Gruppe stellen in Chile die Mapuche. Ebenso gilt es, externalisierte Kosten beim Ausbau notwendiger Infrastruktur zu berücksichtigen, wie bestehende Konflikte um Landrechte und Naturschutz beim Bau von Stromtrassen zeigen.

4. THEMENFELD: ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL

Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits heute in Chile zu spüren, was eine umfassende Strategie zur Minderung der Folgen erforderlich macht (vgl. González Farfán 2019). Eine ambitionierte Anpassungsinfrastruktur, z.B. durch Dämme, Bewässerungskanäle und andere ökosystembasierte Maßnahmen, bedarf der Finanzierung und Umsetzung. Umstritten ist das Großprojekt der Wasserstraße, über die beträchtliche Mengen des knappen Gutes aus Flüssen Südkiles über hunderte Kilometer in das von der Dürre betroffene Zentral- und Nordchile geleitet werden soll. Das von Unternehmen unterstützte Projekt zielt jedoch nicht in erster Linie auf die Bekämpfung der Dürre ab. Zudem existiert eine Strategie, die landwirtschaftliche Produktion noch weiter zu steigern; eine Anpassung an den Klimawandel sowie eine Verringerung des Wasserverbrauchs wird hingegen nicht diskutiert.

Bei Infrastrukturvorhaben muss neben der sehr fortgeschrittenen Erdbebenresilienz nun auch auf eine Widerstandsfähigkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels geachtet werden. Hierzu zählt beispielsweise der steigende Meeresspiegel. Dies erfordert eine Stärkung der Klimainformationsdienste und die Erstellung konkreter Auswirkungsszenarien. Der Nationale Plan zur Anpassung an den Klimawandel von 2014 sieht spezifische Anpassungspläne für strategische Sektoren vor. Erste Schritte sind die Analyse des Status quo, der Auswirkungen und der Anpassungsmöglichkeiten, beispielsweise bezogen auf die Bodenqualität oder Veränderungen in der Artenvielfalt.

³ Lithium ist ein zentraler Rohstoff für den aktuellen Stand der Batterie-Entwicklung und somit ein essenzieller Input für den weltweiten Ausbau der erneuerbaren Energien sowie von Elektromobilität.

2

13 SCHRITTE FÜR EINE DEMOKRATISCHE, NACHHALTIGE KLIMAPOLITIK

VON SIMONE REPERGER

Die COP 25 wird 2019 von einem Land geleitet, das zu den sozial ungleichsten der Welt gehört. Die soziale Dimension des Klimawandels ist daher ein zentraler Aspekt der zivilgesellschaftlichen Debatte im derzeit politisch aufgeheizten Land. Doch nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene kann das Gastgeberland der COP 25 eine progressivere Rolle einnehmen. Im Vorfeld des Weltklimagipfels haben sich rund 150 Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Universitäten und sozialdemokratische Parteien zur »Klima-Allianz« zusammengeschlossen und viele Vorschläge an die Regierung geschickt. Obwohl die COP 25 nicht in Chile stattfinden wird, halten sie an der Organisation des Parallelgipfels fest: Ihnen ist es ein ernstes Anliegen, dass die Politik und die chilenischen Unternehmen das UN-Treffen nicht zum *Greenwashing* missbrauchen und anschließend so weiterverfahen wie bisher. Zweitens ist seit dem Ausbruch der sozialen Unruhen und zeitweisen Militarisierung in Chile die Forderung groß, dass die Regierung sofort Menschenrechtsverletzungen stoppt und aufarbeitet. Vor dem Hintergrund der strukturellen Entwicklungs- und Demokratiekrise wird ein grundlegendes Umdenken im Gastgeberland gefordert. Gleichzeitig hofft man auf Solidarität vonseiten der internationalen Staatengemeinschaft.

Was sollte also bis und während der COP 25 im Gastgeberland noch passieren? 13 wichtige Schritte hin zu einer progressiven Umwelt- und Klimapolitik in Chile wären:

- 1.) **Chiles Demokratie stärken und Umweltaktivist_innen schützen:** Das Andenland ist ein gefährliches Land für Bürger_innen, die sich für mehr Umwelt- und Klimaschutz stark machen. Viele engagierte Chilen_innen erhalten Morddrohungen; die (Selbst-)Mordrate unter ihnen ist überraschend hoch. Diese Fälle werden kaum aufgeklärt und der chilenische Staat schützt nicht im ausreichenden Maße seine engagierte Zivilgesellschaft, die eine zentrale Säule einer lebendigen, sozialen Demokratie darstellen sollte. Diese Forderungen beziehen sich nicht nur auf den Schutz von Vertreter_innen der Umweltorganisationen: Wie das brutale staatliche Vorgehen gegen die Proteste im Oktober 2019 gezeigt hat, handelt es sich um ein strukturelles Problem, dass der chilenische Staat Protestbewegungen kriminalisiert und es schnell zu Repressionen und Menschenrechtsverletzungen kommt.
- 2.) **Das Escazú-Abkommen der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik der Vereinten Nationen (CEPAL) unterzeichnen:** Durch die Vereinbarung soll in allen lateinamerikanischen Mitgliedsstaaten das Recht auf aktuelle und zuverlässige Umweltinformationen durchgesetzt, die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung gestärkt sowie der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten gesichert werden. Mit diesen Zielen orientiert sich das Abkommen an der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der UN und ist bislang weltweit einzigartig. Die chilenische Regierung lehnt das Abkommen bislang strikt ab und hat es nicht unterschrieben, da sie es als Eingriff in die nationale Souveränität ansieht. Somit fehlt dieser wichtige internationale Rahmen in Chile, durch den zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Partizipation gestärkt sowie umwelt- und klimapolitisch relevante Informationen öffentlich gemacht werden könnten. Ein Beitritt des Gastgeberlandes vor dem COP-25-Gipfeltreffen wäre ein wichtiger Schritt.
- 3.) **Verbindliche Konsultationsprozesse der indigenen Bevölkerung bei wirtschaftlichen Großvorhaben garantieren:** In Chile sind Umweltgutachten mit Anhörung der Anwohner_innen, deren Lebensräume betroffen sein könnten, in der Theorie vorgeschrieben. In der Praxis wird dieses Instrument meist nur unzureichend angewendet und in der Regel zugunsten der Wirtschaft ausgelegt. Die Regierung sollte sicherstellen, dass diese Mechanismen nicht nur »zahnlose Papiertiger« sind, sondern zu einem fairen Interessenausgleich führen.
- 4.) **Sozial-ökologische Konflikte in den »geopferten Zonen« beenden:** Nicht nur nationale, sondern auch internationale Organisationen wie das Interamerikanische Komitee für Menschenrechte und das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte haben die chilenische Regierung zum wiederholten Male aufgefordert, die starke industrielle Verschmutzung in diesen fünf Zonen einzudämmen und verbindliche Dekontaminierungspläne festzuschreiben. Bislang orientiert sich Chile kaum an internationalen Umweltstandards. Luft- und Wasserverschmutzungswerte der Weltgesundheitsorganisation werden nicht eingehalten. Für einige gefährliche Stoffe, wie Arsen, gibt es in Chile keine

Höchstwerte. Es gilt, Wege zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung einzuschlagen, die das Recht auf Gesundheit nicht aus den Augen verliert.

- 5.) **Den angekündigten Kohleausstieg verbindlich und sozial gerecht gestalten:** Die chilenische Regierung hat dieses Vorhaben bislang im Alleingang angekündigt. Um diesen Strukturwandel fair zu gestalten, sollte nach dem Vorbild der deutschen Kohleausstiegskommission schnellstmöglich der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Unternehmen gestärkt werden. Nur so lässt es sich auf die damit einhergehenden Arbeitsmarktveränderungen in den betroffenen Regionen vorbereiten. Wie sich die Menschen auf den Jobverlust im Kohlesektor einstellen und für die Arbeit in anderen Energiesektoren weiterbilden sollen, ist noch unklar.
- 6.) **Tatsächliche Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die internationale Klimapolitik:** Im Rahmen der COP besteht neben der »blauen« offiziellen Verhandlungszone auch die »grüne« zivilgesellschaftliche Zone, sodass auch Unternehmen und soziale Organisationen ihre Sichtweisen präsentieren können. Das Gastgeberland Chile wollte ein 1.000-m²-Zelt für die »grüne Zone« zur Verfügung stellen, von denen jedoch 90 Prozent für Firmen und nur zehn Prozent für Nichtregierungsorganisationen reserviert waren. Dieses Ungleichgewicht führt zu der Befürchtung, dass Präsident Piñera das *Greenwashing* der Wirtschaft statt des kritischen Blickes (inter-)nationaler Umweltverbände in klimapolitischen Fragen priorisiert. Spanien stellt nun 3000 m² zur Verfügung, zu welcher Firmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Jugendverbände gleichberechtigten Zugang haben sollen.
- 7.) **Ein nationales Klimaschutzgesetz im Vorfeld der COP 25 verabschieden:** Ein legaler Rahmen, der ehrgeizigere Klimaziele für Chile vorgibt und den nationalen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels verbindlich regelt, wäre ein wichtiges Zeichen der chilenischen Regierung, dass sie sich aktiv für die Umsetzung des Pariser Abkommens einsetzt. Präsident Piñera hat solch ein Gesetz zu Jahresanfang angekündigt, seitdem ist der Prozess jedoch nicht entscheidend vorangeschritten.
- 8.) **Deutlich größere Wiederaufforstungsprogramme fördern:** Klimaexpert_innen haben berechnet, dass Chile mindestens 600.000 Hektar einheimischen Wald anpflanzen sollte, damit dieser als CO₂-Senke ausreichend wirken kann. 100.000 Hektar sind zu wenig. Hohe staatliche Subventionen, die Chile für die großen Forstunternehmen ausgibt, die auf Monokulturanbau setzen, sind dagegen kontraproduktiv: Sie zerstören Biodiversität und laugen die Böden aus. In diesem Zuge wird auch die Schaffung einer unabhängigen Umweltbehörde als prioritär angesehen. CONAF, die derzeitige chilenische Forstbehörde, hat bislang eine widersprüchliche Doppelfunktion: Einerseits soll sie nativen Wald und Naturparks schützen, andererseits das Wachstum der Forstwirtschaft fördern.
- 9.) **Keine weiteren Subventionen für Diesel:** Die Förderung fossiler Brennstoffe, wie beispielsweise Diesel, wird in Chile mit staatlichen Geldern unterstützt. Dadurch wird Diesel begünstigt und dessen Konsum gefördert. Umweltorganisationen fordern, diese klimaschädliche Politik einzustellen.
- 10.) **Deutliche Erhöhung der CO₂-Steuer,** sodass sie eine Lenkungswirkung in Chile erzielt.
- 11.) **Meeresschutzabkommen in Chile und Untersagung der extensiven Fischzucht in Nationalparks und Schutzgebieten,** da diese extreme Folgen für die Biodiversität und das Mikroklima der Ozeane hat.
- 12.) **Ausrufung des Klimanotstands in Chile:** Nach dem zehnten Dürrejahr in Folge fordern viele die schnelle Einführung einer strategischen Planung der Wasser- und Landnutzung sowie wirtschaftlicher Investitionen, die Klimawandel-Szenarien berücksichtigt. Dieser Ansatz ist im marktgläubigen Chile bislang ein Tabu-Thema.
- 13.) **Dem Menschenrecht »Zugang zu sauberem Trinkwasser« politische Priorität einräumen:** Chile ist das einzige Land der Welt, in dem Wasserressourcen und Wassermanagement zu beinahe 100 Prozent privatisiert sind. In einigen Regionen haben die Bürger_innen bereits keinen Zugang mehr zu sauberem Leitungswasser, da Landwirtschaft und Bergbau die gesamten Trinkwasservorräte verbrauchen. Konsumobergrenzen für die Wirtschaft wären wichtig, um die Wasserkrise nicht weiter zu verschärfen. Menschenrechts- und Umweltorganisationen fordern daher, dass das Gastgeberland im Vorfeld der COP 25 seiner Schutzpflicht nachkommen muss: Wasser gilt es als öffentliches Gut zu erklären.

FAZIT: CHILES ENTWICKLUNG NACHHALTIG UND KLIMAFREUNDLICH DENKEN

Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Umweltorganisationen bringen diese Forderungen deutlich lauter und erfolgreicher als je zuvor in die politische Debatte ein. Der kommende Weltklimagipfel, die dramatische Dürre und die chilenische *Fridays for Future*-Bewegung haben die Lage im eigenen Land in den Fokus der Medien und der Öffentlichkeit gerückt. Im Sinne der Klimapolitik wird die chilenische Agenda bis zur COP 25 ohne Zweifel intensiv diskutiert und das eigene Entwicklungsmodell hinterfragt. Seit Ausbruch der landesweiten sozialen Unruhen, bei denen die Bürger_innen ihren gesamten Unmut über die soziale Ungleichheit zum Ausdruck bringen, versucht die chilenische »Klimaallianz« die ökologische und die soziale Frage miteinander zu verbinden. Noch ist offen, ob aus dieser Debatte auch ein politischer Richtungswechsel hin zu mehr Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen wird.

Von der internationalen Gemeinschaft, die ihren Fokus zur COP 25 auf das Andenland legt, erhofft sich die chilenische

Zivilgesellschaft zwei Dinge: erstens Rückendeckung für ihre politischen Anliegen, und zweitens eine gemeinsame klare Linie gegenüber der chilenischen Regierung in Menschenrechtsfragen. Die Einhaltung demokratischer Spielregeln muss gewährleistet sein. Erneute Repressionen durch Polizei und Militär gegenüber Demonstrant_innen und Aktivist_innen, wie im Oktober und November 2019, dürfen sich nicht wiederholen. Internationale Klimademokratie muss nicht nur eine faire Beteiligung der Zivilgesellschaft im COP-25-Prozess bedeuten, sondern auch die Sicherheit und Meinungsfreiheit für alle politisch relevanten Akteur_innen im Gastgeberland beinhalten. Auf diese Definition sollte die internationale Staatengemeinschaft großen Wert legen. Nur so kann der Weltgipfel in Madrid zu einem Schritt in die richtige Richtung werden.

LITERATUR

Climate Action Tracker (2019): Country Assessments June 2019; https://climateactiontracker.org/documents/526/CAT_2019-06-17_Data-CountryAssessment_Chile.xlsx

Climate Action Tracker (2019a): Country Profile Chile; <https://climateactiontracker.org/countries/chile/>

Climate Action Tracker (2019b): Country Profile Chile – Current Policy Projections; <https://climateactiontracker.org/countries/chile/current-policy-projections/>

Climate Watch (2019): Country Profile Chile; <https://www.climatewatchdata.org/countries/CHL>

CNN Chile (2019): Programa Completo – Desafío Tierra: El debate con las ciudadanas 360° sobre el cambio climático, in: *CNN Chile*, 23.4.2019; https://www.cnnchile.com/programas-completos/desafio-tierra-el-debate-con-las-ciudadanas-360-sobre-el-cambio-climatico_20190423/

El Dinamo (2019): Piñera ante grupo asesor por COP25: «La ayuda de ustedes es fundamental», in: *El Dinamo*, 8.4.2019; <https://www.eldinamo.cl/ambiente/2019/04/08/pinera-ante-grupo-asesor-por-cop25-la-ayuda-de-ustedes-es-fundamental/>

Generadoras de Chile (2019): Boletín Mercado Eléctrico Sector Generación Mayo 2019; <http://generadoras.cl/documentos/boletines/boletin-mercado-electrico-sector-generacion-mayo-2019>

Gobierno de Chile, Prensa Presidencia (2019): Presidente Piñera presenta al Consejo Presidencial de COP 25, la cumbre climática mundial que se desarrollará en Santiago entre el 2 y el 13 de diciembre; <https://prensa.presidencia.cl/comunicado.aspx?id=93917>

Gobierno de Chile (2017): Plan de Acción Nacional de Cambio Climático, Segunda Edición; https://mma.gob.cl/wp-content/uploads/2017/07/Plan_Nacional_Cambio-climatico_2017_2022.pdf

González Farfán, Cristian (2019): Incendios y aluviones serán más frecuentes por efectos del cambio climático: ¿qué hacer?, in: *País Circular*, 20.2.2019; <https://www.paiscircular.cl/agenda-2030/efectos-cambio-climatico/>

IQAir AirVisual (2018): 2018 World Air Quality Report, Region & City PM2.5 Ranking; <https://www.airvisual.com/world-most-polluted-cities/world-air-quality-report-2018-en.pdf>

Leiva, Samuel / González, Gary (2019): Ser anfitrión de la COP25 no es la acción más importante en contra del Cambio Climático, in: *El Mostrador*, 4.4.2019; <https://www.elmostrador.cl/noticias/opinion/columnas/2019/04/04/ser-anfitrion-de-la-cop25-no-es-la-accion-mas-importante-en-contra-del-cambio-climatico/>

Ministerio del Medio Ambiente de Chile (2017): Tercer Reporte del Estado del Medio Ambiente; <http://sinia.mma.gob.cl/wp-content/uploads/2017/09/REMA-2017.pdf>

OECD (2019): Income inequality (indicator); <https://data.oecd.org/inequality/income-inequality.htm#indicator-chart>

Parra, Francisco (2019): Cambio climático: Chile confirma que enviará nuevo compromiso de reducción de emisiones y expertos piden que el país pase «a la acción», in: *El Desconcierto*, 20.6.2019; <https://www.eldesconcierto.cl/2019/06/20/cambio-climatico-chile-confirma-que-enviara-nuevo-compromiso-de-reduccion-de-emisiones-y-expertos-piden-que-el-pais-pase-a-la-accion/>

Paúl, Fernanda (2019): «Megasequía» en Chile: las catastróficas consecuencias de la mayor crisis del agua de los últimos 50 años, in: *BBC Mundo*, 11.10.2019; <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-49825857>

Subercaseaux, Arturo (2019): Cambio climático, aquí y ahora, in: *La Tercera PM*, 25.04.2019; <https://www.latercera.com/la-tercera-pm/noticia/cambio-climatico-aqui-ahora/629515/>

Vereinte Nationen (1992): Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, Artikel 4.8; <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf>

Weltbank (2019): Climate Change Knowledge Portal. Country Profile Chile: Vulnerability; <https://climateknowledgeportal.worldbank.org/country/chile/vulnerability>

Weltbank (2019a): Data, CO₂ emissions (metric tons per capita); <https://data.worldbank.org/indicator/en.atm.co2e.pc>

ÜBER DIE AUTOR_INNEN

Alexandra Tost, Master in International Development Studies der Philipps-Universität Marburg, arbeitet als unabhängige Beraterin u. a. für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile. Seit 2014 lebt sie in Lateinamerika, wo sie in der internationalen Zusammenarbeit in Sozial- und Umweltfragen tätig ist, u. a. mehrere Jahre bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Bereich partizipative Umweltpolitik sowie öffentliche Investitionen und Anpassung an den Klimawandel.

Simone Reperger ist seit 2016 Landesvertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile. Zuvor leitete sie von 2012 bis 2016 das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Uruguay sowie das Gewerkschaftsprojekt für Lateinamerika und die Karibik. Sie ist Diplom-Kommunikations- und Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt auf Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:

Dr. Svenja Blanke, Leiterin, Referat Lateinamerika und Karibik
Tel.: +49-30-269-35-7484

<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen/Kontakt:

info-lak@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ZWISCHEN KLIMAWANDEL UND SOZIALEN UNRUHEN

Chiles Klimapolitik als Gastgeber der UN-Konferenz 2019



Im Dezember 2019 sollte die UN-Klimakonferenz »COP 25« in Chile stattfinden. Angesichts sozialer Massenproteste seit der zweiten Oktoberhälfte hat die konservative Regierung die Ausrichtung der internationalen Konferenz jedoch am 31. Oktober abgesagt. Obwohl Chile den Vorsitz der Konferenz beibehält, wird diese nun alternativ in Madrid ausgerichtet.



Im Laufe dieses Jahres musste sich die Regierung des Präsidenten Sebastián Piñera als Gastgeberland der COP in der Klimapolitik positionieren. Von der Vorreiterrolle, welche die Regierung angekündigt hatte, ist Chile jedoch weit entfernt. Obwohl das Land stark vom Klimawandel betroffen ist und zahlreiche sozial-ökologische Konflikte bestehen, entwickelte es bislang nur wenig ambitionierte Pläne: Dazu gehören ein unverbindlicher Kohleausstieg bis 2040 und die CO₂-Neutralität bis 2050. Deren tatsächliche Umsetzung wird angesichts des extrem hohen Maßes an Deregulierung im Land jedoch von vielen bezweifelt.



Umweltorganisationen, soziale Bewegungen und Gewerkschaften betonen inmitten der politischen Unruhen, dass die ökologische Krise auch eine soziale Krise ist. Sie fordern daher konkrete Schritte, um ambitioniertere Klimaziele und eine sozial nachhaltigere Wirtschaftspolitik zu erreichen. Von der internationalen Staatengemeinschaft erhoffen sie sich während der COP 25 Rückenwind für ihre Agenda.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
<https://www.fes.de/lateinamerika>